

Hand in Hand gegen den Impfnationalismus

Ohne internationale Kooperation könnte das Wettrennen um Impfungen gegen Covid-19 mehr Verlierer als Gewinner zeitigen

Gerald Hosp

Der Wettlauf um einen Impfstoff gegen das Coronavirus ist in vollem Gange. Laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) stehen derzeit 164 Kandidaten im Rennen, 25 davon befinden sich in klinischen Tests. Bei sechs möglichen Impfstoffen wurde bereits mit der Phase III, der letzten Phase der Entwicklung vor einer Zulassung, begonnen. Gleichzeitig scharren auch die verschiedensten Länder in den Startlöchern, um sich den Zugang zum Impfstoff zu sichern. Regierungen von wohlhabenderen Ländern wie den USA, Grossbritannien und von EU-Mitgliedern sind vorgeprescht und schliessen Vereinbarungen mit Pharmafirmen ab.

Ärmere Länder im Hintertreffen

Ohne internationale Verpflichtungen, dank denen der Impfstoff auf vernünftige Weise weltweit verteilt wird, könnte es darauf hinauslaufen, dass jedes Land zunächst nur für sich selbst schaut. Ein solcher Impfnationalismus könnte weitreichende Folgen haben. Der Preis für die Impfungen und deren Rohstoffe könnte hinaufgeschraubt werden. Vor allem ärmere Länder hätten das Nachsehen. Die Versorgung mit Impfstoffen würde sich dort verzögern, was die Bekämpfung der Pandemie weltweit erschwerte.

Möglicherweise würde jedes Land nach einem Hebel in der Lieferkette der Impfstoffe suchen, um sich besserzustellen. Dadurch könnten Lieferungen von Grundstoffen verzögert werden. So verwenden einige Impfstoffkandidaten als Hilfsstoff zur Verstärkung der Wirkung eine Substanz, die aus dem Seifenrindenbaum gewonnen wird. Dieser kommt vor allem in Chile vor und wird in Schweden weiterverarbeitet. Die beiden Staaten könnten, auch wenn dies unwahrscheinlich erscheint, versucht sein, die Lieferkette zu ihren Gunsten zu stören.

Es liesse sich gar denken, dass Länder, die Impfstoffe horten, dies auch zur Durchsetzung anderer geopolitischer Interessen nutzen. Zudem ist die Zahl der Impfstoffhersteller, die grosse Mengen produzieren können, weltweit überschaubar.

Schweinegrippe als Mahnung

Die beschriebenen Befürchtungen sind nicht völlig aus der Luft gegriffen: Als sich die Schweinegrippe 2009 ausbreitete, kauften einige Industrieländer die Impfstoffe gegen die Schweinegrippe auf, während ärmere Länder warten mussten. Die Schweinegrippe erwies sich als relativ milde Epidemie, was die anfängliche Ungleichverteilung weniger schwerwiegend machte. Covid-19 ist jedoch eine ungleich grössere Gefahr. Und die ersten Reaktionen deuteten auf wenig internationale Zusammenarbeit hin: In den ersten vier Monaten führten mehr als 70 Länder und die EU Exportkontrollen für Beatmungsgeräte, Schutzmasken oder Schutzhandschuhe ein. Selbst innerhalb der EU horteten einzelne Mitgliedsstaaten Material.

Länder wie die Schweiz, wo Impfstoffe hergestellt werden können, haben einen Vorteil. Die Impfungen und deren Entwicklung müssen jedoch auch bezahlt werden. Staaten sorgen mit direkten Abnahmeverträgen für einen finanziellen Ansporn, nach Impfstoffen zu suchen. Doch wer erhält den Zugang zu den ersten Dosen? Es ist unwahrscheinlich, dass sogleich der gesamte globale Bedarf gedeckt werden kann. Wenn es kein formales System gibt, wie und in welcher Reihenfolge Impfstoffe während einer Pandemie ausgehändigt werden, ist Impfnationalismus ein durchaus rationales Vorgehen – das geht jedoch auf Kosten der weltweiten Bekämpfung der Pandemie.

Gerechte Zuteilung sichern

Die Impfallianz Gavi, die Coalition for Epidemic Preparedness Innovations (Cepi), die WHO, mehrere Regierungen sowie die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung haben deshalb eine Initiative für einen weltweit verbesserten Zugang zu Corona-Impfstoffen unter dem Namen Covid-19 Vaccine Global Access (Covax) ins Leben gerufen. Mehr als 75 reichere Länder, darunter auch die Schweiz, haben ihr Interesse am Finanzierungsmechanismus bekundet. Zudem nehmen 90 ärmere Länder daran teil, die unterstützt würden. Das System sieht vor, dass die teilnehmenden Länder über Covax die Impfstoffe von den Pharmaunternehmen kaufen. Damit soll sichergestellt werden, dass alle Mitgliedsstaaten proportional zur Bevölkerungsgrösse gleich behandelt werden. Zunächst sollen die Mitarbeiter des Gesundheitswesens behandelt werden, danach 20% der Bevölkerung der jeweiligen Länder.

Allerdings haben sich bisher Länder wie die USA, China oder Russland Covax nicht angeschlossen. Die amerikanische Regierung will vielmehr Milliarden im Rahmen der Initiative Operation Warp Speed einsetzen, um sich Hunderte von Millionen Dosen zu besorgen – nur für die amerikanische Bevölkerung. Auch in der EU treten Mitgliedsländer gemeinsam auf, um mit Herstellern zu verhandeln. Über Abnahmegarantien sollen Impfstoffe gesichert werden. Trotz Lippenbekenntnissen zu einer globalen Solidarität soll zunächst die Versorgung der EU-Mitgliedsländer sichergestellt werden.

Handelsabkommen für Vakzine

Um das Dilemma des Impfnationalismus zu überwinden, schlagen der Gesundheitsjurist Thomas Bollyky und der Handelsökonom Chad Bown ein Handels- und Investitionsabkommen für Covid-19-Impfstoffe vor. Die Vereinbarung sollte einen Investitionsfonds enthalten, mit dem im Voraus Impfstoffe gekauft werden. Die Beiträge der Mitgliedsländer für den Fonds sollten sich nach der Anzahl an Dosen richten, die sie sichern konnten. Ärmere Länder sollten unterstützt werden.

Ein wichtiger Bestandteil wäre ein Verzicht auf Exportverbote. Weil unklar ist, welche Impfstoffe aus welchen Ländern schliesslich erfolgreich sein werden, sollte die Furcht davor, mit leeren Händen dazustehen, die Kooperation fördern. Der Impfmultilateralismus müsste so dem Impfnationalismus den Garaus machen. Wie realistisch die Idee ist, wird sich zeigen.



Ärmere Länder wie zum Beispiel Brasilien sollen den Impfstoff nicht später erhalten als reiche Nationen. Andre Coelho / Getty

© **Neue Zürcher Zeitung**